

Promotionsordnung

für die Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften

der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen

vom 27.09.2010

in der Fassung der siebten Ordnung zur Änderung der

Promotionsordnung

vom 07.09.2018

veröffentlicht als Gesamtfassung

Aufgrund der §§ 2 Abs. 4 und 67 Abs. 3 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. September 2014 (GV. NRW S. 547), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Sicherung der Akkreditierung von Studiengängen in Nordrhein-Westfalen vom 17. Oktober 2017 (GV. NRW S. 806), hat die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule (RWTH) Aachen die folgende Promotionsordnung der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften erlassen:

Inhaltsübersicht

I. Allgemeines

- § 1 Promotionsrecht
- § 2 Promotionsausschuss
- § 3 Promotionskommission
- § 4 Berichterinnen und Berichter
- § 5 Dissertation
- § 6 Bewertung der Doktorprüfung
- § 7 Promotionsleistungen

II. Zulassung zur Promotion

- § 8 Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen
- § 9 Zulassung zur Promotion aufgrund eines im Ausland erworbenen Abschlusses
- § 10 Doktorandenstudium und Interfakultativer Promotionssteueringausschuss
- § 11 Antrag auf Zulassung zum Doktorandenstudium
- § 11a Datenerhebung, -verarbeitung und -übermittlung

III. Promotionsverfahren

- § 12 Antrag auf Zulassung zur Doktorprüfung
- § 13 Eröffnung des Promotionsverfahrens
- § 14 Prüfung der Dissertation
- § 15 Überarbeitung der Dissertation
- § 16 Mündliche Prüfung
- § 17 Veröffentlichung der Dissertation
- § 17a Bilaterale Promotionsverfahren (Cotutelle)
- § 18 Doktorurkunde
- § 19 Ehrenpromotion und Erneuerung der Doktorurkunde
- § 20 Verlust des Doktorgrades
- § 21 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 22 Ombudsperson für Promovierende
- § 23 In-Kraft-Treten und Übergangsbestimmungen

I. Allgemeines

§ 1 Promotionsrecht

- (1) Die Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften der RWTH hat das Recht der Promotion.
- (2) Durch die Promotion wird eine über das allgemeine Studienziel hinausgehende Befähigung zu selbstständiger wissenschaftlicher Arbeit nachgewiesen. Die Befähigung wird aufgrund einer beachtlichen schriftlichen Arbeit (Dissertation), die einen Fortschritt des Standes der wissenschaftlichen Erkenntnis darstellt, und einer mündlichen Prüfung festgestellt. Bei erfolgreichem Abschluss der Promotion wird der Doktorgrad in weiblicher bzw. männlicher Form verliehen.
- (3) Die Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften verleiht den Grad einer Doktorin bzw. eines Doktors der Naturwissenschaften (Dr.rer.nat.) sowie den Grad einer Doktorin bzw. eines Doktors der Ingenieurwissenschaften (Dr.-Ing.).

§ 2 Promotionsausschuss

- (1) Die Fakultät bildet einen Promotionsausschuss. Ihm gehören mit Stimmrecht die Sprecherinnen bzw. Sprecher der fünf Fachgruppen der Fakultät, soweit sie Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer nach § 35 HG sind, die Dekanin oder der Dekan, die Prodekanin oder der Prodekan, die Studiendekanin oder der Studiendekan sowie eine Vertreterin oder ein Vertreter aus der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Als Mitglied ohne Stimmrecht gehört eine Person aus der Gruppe der Beschäftigten aus Technik und Verwaltung sowie der Studierenden dem Ausschuss an. Für jede dieser Personen können jeweils bis zu zwei Vertreterinnen oder Vertreter aus der entsprechenden Gruppe benannt werden. Vorsitzende bzw. Vorsitzender des Promotionsausschusses ist die Dekanin bzw. der Dekan. Sie bzw. er wird vertreten von der Prodekanin bzw. dem Prodekan. Die Ombudsperson (gem. § 22) gehört dem Ausschuss als beratendes Mitglied an.
- (2) Der Promotionsausschuss hat folgende Aufgaben wahrzunehmen:
 1. Die Feststellung der Promotionsvoraussetzungen und die Entscheidungen über die Zulassung zur Promotion gemäß §§ 8, 9, 10.
 2. Die Annahme der bzw. des Promovierenden gemäß § 11 und die Zulassung zur Doktorprüfung gemäß § 12.
 3. Die Entscheidungen über Sonderfälle in Promotionsverfahren und Widersprüche gegen Beschlüsse der Promotionskommission.

Der Promotionsausschuss tritt regelmäßig zusammen. Der Promotionsausschuss kann die Erledigung des laufenden Geschäftes seiner bzw. seinem Vorsitzenden übertragen. Dies gilt nicht für Entscheidungen in Widerspruchsverfahren.

- (3) Die Sitzungen des Promotionsausschusses sind nicht öffentlich. Seine Mitglieder sind zur Verschwiegenheit verpflichtet.

- (4) Der Promotionsausschuss beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der bzw. des Vorsitzenden den Ausschlag. Der Promotionsausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder, darunter die bzw. der Vorsitzende oder ihre bzw. seine Stellvertretung, anwesend sind. Über die Beratungen des Promotionsausschusses ist ein Protokoll zu führen.
- (5) Die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses hat die Bewerberin bzw. den Bewerber über den Ausgang des Promotionsverfahrens in Kenntnis zu setzen. Dies erfolgt durch einen schriftlichen Bescheid mit Rechtsbehelfsbelehrung.

§ 3 Promotionskommission

- (1) Zur Durchführung des Promotionsverfahrens wird eine Promotionskommission gebildet. Ihr gehören die folgenden Personen an:
 1. eine Vorsitzende bzw. ein Vorsitzender, die bzw. der nicht Berichterin bzw. Berichter sein darf,
 2. die Berichterinnen bzw. Berichter der Promotion,
 3. mindestens ein bis höchstens sechs weitere Mitglieder gemäß der Absätze 2 bis 4.
- (2) Der Promotionsausschuss bestimmt die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden, die bzw. der der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer nach § 35 HG angehören muss. Die weiteren Mitglieder gemäß Absatz 1 müssen Hochschullehrerinnen bzw. Hochschullehrer nach § 35 HG, außerplanmäßige Professorinnen bzw. Professoren, Honorarprofessorinnen bzw. Honorarprofessoren, Gastprofessorinnen bzw. Gastprofessoren, Privatdozentinnen bzw. Privatdozenten der RWTH sein. Diese Mitglieder sind so auszuwählen, dass in der Promotionskommission insgesamt, also einschließlich der Berichterinnen und Berichter, die Mitglieder der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften die Mehrheit bilden. Bei interdisziplinär angelegten Dissertationen muss für den in der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften nicht angesiedelten Themenbereich mindestens eine Vertreterin bzw. ein Vertreter dieser Fachrichtung einer anderen Fakultät oder Universität als Mitglied hinzugezogen werden.
- (3) Auf Antrag einer Fachkommission kann der Fakultätsrat beschließen, dass in der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften oder in einem übergeordneten Forschungsprojekt der Fakultät tätige Forschungsgruppenleiterinnen und -leiter die Funktion einer Berichterin bzw. eines Berichters oder eines weiteren Mitglieds in der Promotionskommission gemäß Absatz 1 übernehmen können.
- (4) Jede Hochschullehrerin und jeder Hochschullehrer nach § 35 HG der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften kann auf Antrag durch den Promotionsausschuss als Mitglied der Promotionskommission benannt werden. Dieser Antrag muss bis zum Ablauf der Einspruchsfrist gemäß § 14 Abs. 2 vorliegen. Lehnt der Promotionsausschuss die Benennung ab, so kann die Antragstellerin bzw. der Antragsteller hiergegen den Fakultätsrat anrufen. Die abschließende Bestimmung der Mitglieder der Promotionskommission muss vor der Entscheidung über die Annahme der Dissertation erfolgen.
- (5) Die Promotionskommission ist beschlussfähig, wenn mindestens vier Mitglieder, darunter die bzw. der Vorsitzende sowie mindestens zwei Berichterinnen bzw. Berichter anwesend sind. Alle Mitglieder der Promotionskommission haben Stimmrecht. Die Promotionskommission beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der bzw. des Vorsitzenden den Ausschlag.

- (6) Sollte ein bereits bestelltes Mitglied der Promotionskommission nicht in der Lage sein, das Promotionsverfahren durchzuführen (z.B. wegen Krankheit), so kann der Promotionsausschuss ein Ersatzmitglied bestimmen.

§ 4

Berichterinnen und Berichter

- (1) Der Promotionsausschuss bestimmt für die Prüfung der Dissertation mindestens zwei Berichterinnen und Berichter, und zwar in der Regel aus dem Kreis der Hochschullehrerinnen bzw. Hochschullehrer nach § 35 HG, entpflichteten oder in den Ruhestand versetzten Professorinnen und Professoren, außerplanmäßigen Professorinnen bzw. außerplanmäßigen Professoren, Honorarprofessorinnen bzw. Honorarprofessoren, Gastprofessorinnen bzw. Gastprofessoren, Privatdozentinnen bzw. Privatdozenten der RWTH.
- (2) Ist die Dissertation gemäß § 5 Abs. 4 betreut worden, so muss die Betreuerin bzw. der Betreuer Berichterin bzw. Berichter sein.
- (3) Grundsätzlich muss mindestens eine Berichterin bzw. ein Berichter Inhaberin bzw. Inhaber einer planmäßigen Professur auf Lebenszeit der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften sein. Auf Antrag kann der Promotionsausschuss beschließen, dass diese Funktion auch ein Zweitmitglied der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften übernehmen kann, wenn der Inhalt der betreffenden Dissertation das Wissenschaftsgebiet des Zweitmitglieds und zugleich der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften betrifft. Die Person muss Inhaberin bzw. Inhaber einer planmäßigen Professur auf Lebenszeit sein. Dieser Antrag muss zu Beginn, spätestens jedoch zwei Jahre vor Abschluss der Dissertation eingereicht werden.
- (4) Berichterinnen und Berichter können auch an einer anderen deutschen oder ausländischen Universität oder an einer Forschungseinrichtung tätige Hochschullehrerinnen bzw. Hochschullehrer, außerplanmäßige Professorinnen bzw. Professoren, Honorarprofessorinnen bzw. Honorarprofessoren oder Privatdozentinnen bzw. Privatdozenten sein.
- (5) Betrifft der Inhalt der vorgelegten Dissertation auch das Wissenschaftsgebiet einer anderen Fakultät, so können ein oder mehrere Hochschullehrerinnen bzw. Hochschullehrer nach § 35 HG, entpflichtete oder in den Ruhestand versetzte Professorinnen und Professoren, außerplanmäßige Professorinnen bzw. Professoren, Honorarprofessorinnen bzw. Honorarprofessoren, Gastprofessorinnen bzw. Gastprofessoren, Privatdozentinnen bzw. Privatdozenten dieser Fakultät vom Promotionsausschuss als Berichterinnen bzw. Berichter gemäß Absatz 1 oder als weitere Mitglieder der Promotionskommission gemäß § 3 Abs.1 Nr. 3 ernannt werden. Die Dekanin bzw. der Dekan der anderen Fakultät ist zu unterrichten.
- (6) Für Bewerberinnen bzw. Bewerber, die einen Diplom- oder Masterstudiengang in Mathematik, Informatik oder den Naturwissenschaften abgeschlossen haben und eine Promotion zum Dr.-Ing. in der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften anstreben, gilt, dass eine Berichterin bzw. Berichter aus einer ingenieurwissenschaftlichen Fakultät stammen muss. Die Berichterin bzw. der Berichter soll in einer gesonderten Stellungnahme an den Dekan feststellen, dass die Dissertation von ingenieurwissenschaftlichem Interesse ist und die Bewerberin bzw. der Bewerber darüber hinaus über hinreichende ingenieurwissenschaftliche Kenntnisse verfügt.

- (7) Betrifft eine Promotion das Wissenschaftsgebiet einer anderen Fakultät und zugleich der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften und entstammt eine Berichterin bzw. ein Bericht einer anderen Fakultät, so muss mindestens eine Berichterin bzw. ein Bericht der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften gemäß Abs. 3 angehören.
- (8) Im Rahmen einer Kooperation mit der RWTH können auch an einer Fachhochschule tätige Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer die Funktion einer Berichterin bzw. eines Berichters übernehmen. Voraussetzung hierfür ist der Nachweis einer wissenschaftlichen Qualifikation, die Habilitationsniveau gemäß § 36 Abs. 1 Nr. 4 HG hat. Das Vorliegen der Voraussetzung wird durch den Promotionsausschuss festgestellt. Im Rahmen dieser kooperativen Betreuung ist für den einzelnen Promovenden zusammen mit der Betreuerin bzw. dem Betreuer der Fachhochschule der Umfang und Inhalt der angemessenen, auf die Promotion vorbereitenden Studien gemäß § 67 Abs. 4 Satz 1 Buchstabe b) HG festzulegen.

§ 5 Dissertation

- (1) Die Bewerberin bzw. der Bewerber hat eine von ihr bzw. ihm in deutscher oder englischer Sprache abgefasste selbstständige wissenschaftliche Abhandlung (Dissertation) vorzulegen. Auf Antrag kann der Promotionsausschuss auch eine in einer anderen Sprache abgefasste Dissertation zulassen. In diesem Fall kann vom Promotionsausschuss eine beglaubigte Übersetzung gefordert werden, die den verbindlichen Text darstellt. Die Entscheidung über die Zulassung einer in einer anderen als der deutschen oder englischen Sprache abgefassten Dissertation trifft der zuständige Promotionsausschuss im Rahmen der Prüfung des Promotionsgesuchs gemäß § 13. Nach abgeschlossener mündlicher Prüfung entscheidet der Promotionsausschuss, ob eine in einer anderen als der deutschen oder englischen Sprache eingereichte Dissertation in dieser Sprache oder in einer deutschen oder englischen Übersetzung veröffentlicht werden soll.
- (2) Die Dissertation muss zu einem wesentlichen Teil den Wissenschaftsgebieten der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften einschließlich ihrer Fachdidaktiken angehören.
- (3) Es dürfen keine Arbeiten aus früheren Prüfungen verwendet werden.
- (4) Veröffentlichungen, die im Rahmen der Promotion entstanden sind, müssen grundsätzlich unter Angabe der Affiliation „RWTH Aachen University“ publiziert werden.
- (5) Die kohärente Darstellung eines größeren Wissensgebietes gehört zu den wesentlichen Leistungen der Dissertation. Deshalb handelt es sich bei der Dissertation grundsätzlich um eine eigenständige Monographie. Ergebnisse aus eigenen Veröffentlichungen, die im Rahmen der Promotion erarbeitet wurden, können im Einvernehmen mit der Betreuerin bzw. dem Betreuer in der Dissertation verwendet werden und sind vollständig und korrekt zu kennzeichnen. Diese Ergebnisse sind in den Kontext der Dissertation einzuordnen. Jedoch sind vollständige Übernahmen von eigenen Veröffentlichungen, die nicht an den Kontext angepasst wurden, nicht zulässig. Dies schließt insbesondere kumulative Dissertationen aus.

- (6) Liegt bei diesen Veröffentlichungen (gemäß § 3 Abs. 5) keine Alleinautorenschaft vor, ist für die Bewertung der Dissertation der Eigenanteil des bzw. der Promovierenden von entscheidender Bedeutung. Deshalb ist insbesondere, auch im Interesse der Promovierenden, zu beachten:
- Der Beitrag der bzw. des Promovierenden ist von diesem bzw. dieser für alle in der Dissertation verwendeten Veröffentlichungen auszuweisen.
 - Der Beitrag der bzw. des Promovierenden ist von den Berichterinnen bzw. Berichtern in deren Gutachten zu bewerten.
 - Der Promotionsausschuss behält sich im Einzelfall vor eine Autorenvereinbarung einzufordern.
- (7) Die Dissertation soll im fachlichen Kontakt mit einer Hochschullehrerin bzw. einem Hochschullehrer nach § 35 HG, einer bzw. einem entpflichteten oder in den Ruhestand versetzten Professorin bzw. Professor, einer außerplanmäßigen Professorin bzw. einem außerplanmäßigen Professor, einer Honorarprofessorin bzw. einem Honorarprofessor, einer Gastprofessorin bzw. einem Gastprofessor, einer Privatdozentin bzw. einem Privatdozenten oder einer Forschungsgruppenleiterin bzw. einem Forschungsgruppenleiter gemäß § 3 Abs. 3 entstanden sein, die bzw. der als Betreuerin bzw. Betreuer fungiert und der RWTH angehört. Diese bzw. dieser ist verpflichtet, eine angemessene wissenschaftliche Betreuung während des Promotionsverfahrens sicherzustellen. Die Bereitschaft zur Übernahme dieser Verpflichtung soll durch den Abschluss einer Betreuungsvereinbarung zum Ausdruck gebracht werden.

§ 6 Bewertung der Doktorprüfung

- Wird die Dissertation abgelehnt oder bleibt auch die mündliche Wiederholungsprüfung (§ 16 Abs. 7) erfolglos, so teilt die Dekanin bzw. der Dekan der Bewerberin bzw. dem Bewerber unter Angabe des Grundes mit, dass die Doktorprüfung nicht bestanden ist.
- Ist die Doktorprüfung nicht bestanden, so kann dieselbe Dissertation nicht wieder zum Zwecke der Promotion vorgelegt werden.
- Ein erneutes Promotionsgesuch ist nur einmal und nicht vor Ablauf eines Jahres nach Bekanntgabe der Ablehnung zulässig. Hierbei ist eine neue Arbeit vorzulegen.
- Exemplare der Dissertation, in denen Beanstandungen oder andere Vermerke eingetragen sind, mindestens jedoch ein Exemplar, verbleiben bei der Fakultät.
- Ist die Dissertation angenommen und die mündliche Doktorprüfung erfolgreich, so ist die Doktorprüfung bestanden.
- Die Promotionskommission setzt eine Gesamtnote der Doktorprüfung fest, und zwar
 - „mit Auszeichnung“ (summa cum laude),
 - „sehr gut“ (magna cum laude),
 - „gut“ (cum laude) oder
 - „genügend“ (rite).

Anstelle der Gesamtnote können für die Dissertation und die mündliche Prüfung auch getrennte Noten vergeben werden.

Wird eine Gesamtnote „mit Auszeichnung“ vergeben, so muss das Ergebnis dieser Bewertung einstimmig durch die Kommissionsmitglieder zustande gekommen sein. Das Abstimmungsergebnis muss namentlich protokolliert werden.

- (7) Das Ergebnis muss der Bewerberin bzw. dem Bewerber direkt nach der mündlichen Prüfung mitgeteilt werden. Die Bewertung der Dissertation und der mündlichen Prüfung soll spätestens sechs Monate nach Vorlage der Dissertation abgeschlossen sein.

§ 7 Promotionsleistungen

Promotionsleistungen im Sinne dieser Promotionsordnung sind

- a) die Dissertation,
- b) die mündliche Prüfung und
- c) die Veröffentlichung der Dissertation.

Erst nach Erfüllung der Promotionsleistungen kann die Promotion durch Aushändigung der Doktorurkunde abgeschlossen werden.

II Zulassung zur Promotion

§ 8 Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen

- (1) Zum Promotionsverfahren einschließlich des Doktorandenstudiums wird zugelassen, wer
- a) einen Abschluss nach einem einschlägigen Hochschulstudium mit einer Regelstudienzeit von wenigstens acht Semestern, für das ein anderer Grad als „Bachelor“ verliehen wird, oder
 - b) einen Abschluss nach einem einschlägigen Hochschulstudium mit einer Regelstudienzeit von wenigstens sechs Semestern und daran anschließende angemessene und auf die Promotion vorbereitende Studien in den Promotionsfächern oder
 - c) den Abschluss eines Masterstudiengangs im Sinne des § 61 Abs. 2 Satz 2 HG

sowie Studienleistungen und Leistungen nachweist, die die Eignung zu selbstständiger wissenschaftlicher Arbeit im Rahmen einer Promotion erkennen lassen. Der Antrag auf Feststellung der Zulassungsvoraussetzung soll bei Beginn der Bearbeitung eines Promotionsthemas in der Fakultät im Sinne von § 11 gestellt werden.

- (2) Die für angemessen erachteten Inhalte der auf die Promotion vorbereitenden Studien nach Absatz 1 Satz 1 Buchstabe b) einschließlich der Zahl und Art der Nachweise dieser Studien sowie der Studienleistungen und Leistungen, die die Eignung zu selbstständiger wissenschaftlicher Arbeit im Rahmen einer Promotion erkennen lassen, legt der Promotionsausschuss für den Einzelfall nach Anhörung der Bewerberin bzw. des Bewerbers fest. Der Promotionsausschuss kann diese Aufgabe dem jeweils fachlich zuständigen Prüfungsausschuss übertragen.

- (3) a) Voraussetzung für die Promotion zur oder zum Dr.rer.nat. ist
1. der Grad eines Diploms der Mathematik, Informatik, Physik, Chemie, Biologie, Geologie, Mineralogie oder
 2. der Besitz eines anderen, gleichwertigen naturwissenschaftlichen Diploms oder
 3. der Nachweis eines abgeschlossenen Masterstudiengangs im Sinne des § 61 Abs. 2 Satz 2 HG in einer mathematischen, informatischen oder naturwissenschaftlichen Fachrichtung oder
 4. der Nachweis der mit Erfolg abgelegten Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen oder einer vergleichbaren Lehramtsprüfung in Mathematik, Informatik oder einem naturwissenschaftlichen Fach.

Hat die Bewerberin bzw. der Bewerber einen ingenieurwissenschaftlichen Diplom- oder Masterstudiengang abgeschlossen, so kann sie bzw. er zur Promotion zur bzw. zum Dr.rer.nat. zugelassen werden, wenn die Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften vor Eröffnung des Verfahrens feststellt, dass die Dissertation von mathematischem, informatischem oder naturwissenschaftlichem Interesse ist und die Bewerberin bzw. der Bewerber über hinreichende mathematische, informatische oder naturwissenschaftliche Kenntnisse verfügt. Dasselbe gilt in begründeten Ausnahmefällen für Inhaberinnen bzw. Inhaber eines anderen berufsqualifizierenden Abschlusses einer Hochschule. Die Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften ist berechtigt, vor Eröffnung des Promotionsverfahrens die Erfüllung der genannten Voraussetzungen und die vorauszusetzenden Kenntnisse der Bewerberin bzw. des Bewerbers zu prüfen.

- b) Voraussetzung für die Promotion zur bzw. zum Dr.-Ing. ist
1. der Grad einer Diplom-Ingenieurin oder eines Diplom-Ingenieurs oder der Nachweis eines abgeschlossenen Masterstudiengangs im Sinne des § 61 Abs. 2 Satz 2 HG in einer ingenieurwissenschaftlichen Fachrichtung und
 2. die gesonderte Stellungnahme der Berichterin bzw. des Berichters aus einer ingenieurwissenschaftlichen Fakultät an die Dekanin bzw. den Dekan (vgl. § 4, Abs. 6), dass die Dissertation von ingenieurwissenschaftlichem Interesse ist und die Bewerberin bzw. der Bewerber darüber hinaus über hinreichende ingenieurwissenschaftliche Kenntnisse verfügt.

Hat die Bewerberin bzw. der Bewerber einen Diplom- oder Masterstudiengang in Mathematik, Informatik oder den Naturwissenschaften abgeschlossen, so kann sie bzw. er zur Promotion zur bzw. zum Dr.-Ing. zugelassen werden, wenn die Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften vor Eröffnung des Verfahrens feststellt, dass die Dissertation von ingenieurwissenschaftlichem Interesse ist und die Bewerberin bzw. der Bewerber über hinreichende ingenieurwissenschaftliche Kenntnisse verfügt. Dasselbe gilt in begründeten Ausnahmefällen für Inhaberinnen bzw. Inhaber eines anderen berufsqualifizierenden Abschlusses einer Hochschule. Die Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften ist berechtigt, vor Eröffnung des Promotionsverfahrens die Erfüllung der genannten Voraussetzungen und die vorauszusetzenden Kenntnisse der Bewerberin bzw. des Bewerbers zu prüfen.

- (4) Bei Vorliegen außergewöhnlicher wissenschaftlicher Leistungen kann der Promotionsausschuss eine Bewerberin bzw. einen Bewerber auf Antrag von mindestens drei Hochschullehrerinnen bzw. Hochschullehrern nach § 35 HG der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder in sinngemäßer Anwendung der Grundsätze des § 49 Abs. 11 HG zum Promotionsverfahren zulassen.

§ 9 Zulassung zur Promotion aufgrund eines im Ausland erworbenen Abschlusses

Als allgemeine Voraussetzung für die Zulassung zur Promotion im Sinne von § 8 Abs. 1 a) gilt auch ein berufsqualifizierender Abschluss oder eine andere, den Studiengang abschließende Prüfung nach einem einschlägigen wissenschaftlichen Studium mit einer Regelstudienzeit von wenigstens acht Semestern einschließlich einer studienintegrierten wissenschaftlichen Abschlussarbeit, erworben an einer Hochschule außerhalb Deutschlands, wenn der betreffende Abschluss

1. aufgrund zwischenstaatlicher Abkommen als gleichwertig mit entsprechenden, an deutschen Hochschulen zu erwerbenden Abschlüssen zu bewerten ist,
2. aufgrund von Bewertungsaussagen der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen bei der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder oder der Hochschulrektorenkonferenz als allgemeine Voraussetzung für die Zulassung zur Promotion zu bewerten ist oder
3. aufgrund von Abkommen mit Partnerhochschulen außerhalb Deutschlands durch die RWTH als gleichwertig mit einem entsprechenden, an der RWTH zu erwerbenden Abschluss zu bewerten ist.

Der Promotionsausschuss kann im Rahmen der Zulassung zur Promotion aufgrund eines im Ausland erworbenen Abschlusses der Bewerberin bzw. dem Bewerber ergänzende Auflagen machen, die in einem fachlichen Zusammenhang mit dem Wissenschaftsgebiet stehen, das in der Dissertation behandelt wird bzw. werden soll. Der Promotionsausschuss kann diese Aufgabe dem jeweils fachlich zuständigen Prüfungsausschuss übertragen.

§ 10 Doktorandenstudium und Interfakultativer Promotionssteuerungsausschuss

- (1) Die Bewerberin bzw. der Bewerber soll zusätzlich zu dem Abschluss im Sinne von §§ 8, 9 ein auf die Promotion vorbereitendes Doktorandenstudium absolvieren. Es soll die wissenschaftliche Selbstständigkeit der Bewerberin bzw. des Bewerbers fördern und auf die Doktorprüfung vorbereiten.
- (2) Das Doktorandenstudium besteht aus der Teilnahme
 - a. an Veranstaltungen in Summe von 8 SWS über den gesamten Zeitraum des Doktorandenstudiums, worunter auch die Teilnahme an einschlägigen Doktorandenseminaren, gegebenenfalls im Rahmen von Doktoranden- oder Graduiertenkollegs oder von Sonderforschungsbereichen fällt, sowie
 - b. an Veranstaltungen im Rahmen des Centers for Doctoral Studies (CDS) sowie aus weiteren fachbezogenen Leistungen - etwa Durchführung von Übungen und Praktika oder Präsentationen auf Fachkonferenzen -, mit denen die wissenschaftliche Selbstständigkeit und der Erwerb von Schlüsselqualifikationen gefördert werden.
- (3) Wird eine Bewerberin bzw. ein Bewerber über den Interfakultativen Promotionssteuerungsausschuss zwischen der RWTH und dem Forschungszentrum Jülich an die Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften verwiesen, so wird das gesamte Promotionsverfahren ebenfalls nach dieser Promotionsordnung durchgeführt. In Konfliktfällen stellt der Promotionsausschuss das Benehmen mit dem Interfakultativen Promotionssteuerungsausschuss her.

§ 11

Antrag auf Zulassung zum Doktorandenstudium

- (1) Bewerberinnen bzw. Bewerber müssen einen Antrag auf Zulassung zum Doktorandenstudium stellen. Damit wird gleichzeitig die Aufnahme in das CDS beantragt. Der Antrag soll bei Beginn der Bearbeitung eines Promotionsthemas in der Fakultät gestellt werden und ist nicht gleichbedeutend mit dem Antrag auf Zulassung zur Doktorprüfung gemäß § 12. Die Bewilligung des Antrags ist Voraussetzung für die Einschreibung in ein Promotionsstudium gemäß Einschreibungsordnung der RWTH in der jeweils gültigen Fassung.
- (2) Wenn entsprechende Kenntnisse vorliegen, kann eine Bewerberin bzw. ein Bewerber auf Antrag mit schriftlicher Befürwortung der Betreuerin bzw. des Betreuers durch den Promotionsausschuss von der Teilnahme am Doktorandenstudium oder von Teilen davon befreit werden. In diesem Fall muss ersatzweise ein Antrag auf Prüfung der Zulassungsvoraussetzungen gestellt werden.
- (3) Der Antrag gemäß Absatz 1 und Absatz 2 ist schriftlich an den Promotionsausschuss der Fakultät zu stellen. Mit dem Antrag sind einzureichen:
 - a) das in Aussicht genommene Thema der Dissertation,
 - b) die Bereitschaftserklärung einer Hochschullehrerin bzw. eines Hochschullehrers nach § 35 HG, einer außerplanmäßigen Professorin bzw. eines außerplanmäßigen Professors, einer Honorarprofessorin bzw. eines Honorarprofessors, einer Gastprofessorin bzw. eines Gastprofessors, einer Privatdozentin bzw. eines Privatdozenten der Fakultät oder einer Forschungsgruppenleiterin bzw. eines Forschungsgruppenleiters gemäß § 3 Abs. 3, die Bewerberin bzw. den Bewerber gemäß § 5 Abs. 4 wissenschaftlich und im Doktorandenstudium zu betreuen,
 - c) den Nachweis bereits erfüllter Zulassungsvoraussetzungen gemäß §§ 8, 9, 10 Abs. 3, wobei Urkunden in amtlich beglaubigter Kopie oder als Kopie unter Vorlage des Originals einzureichen sind. Sofern die Zulassungsvoraussetzungen nach §§ 8 und 9 bei Antragstellung noch nicht durch die Urkunden und Zeugnisse nachgewiesen werden können, können die Zulassungsvoraussetzungen durch eine Bescheinigung der Hochschule über den erfolgreichen Studienabschluss nachgewiesen werden. Die Urkunden und Zeugnisse müssen innerhalb von 6 Monaten nachgereicht werden.
 - d) die Darstellung des Lebenslaufes und des wissenschaftlichen Werdegangs einschließlich der Nachweise über bereits absolvierte zusätzliche Studien oder Examina sowie eine Erklärung über eventuell zurückliegende erfolglose Promotionsverfahren,
 - e) eine Erklärung, dass diese Promotionsordnung anerkannt wird,
 - f) bei einem Antrag gemäß Absatz 1 eine Immatrikulationsbescheinigung für das Fach, in dem die Bewerberin bzw. der Bewerber ein Doktorandenstudium absolviert.

Daraufhin findet die Prüfung der mit dem Antrag eingereichten Unterlagen durch den Promotionsausschuss statt.

- (4) Der Promotionsausschuss befindet über die Annahme oder Ablehnung als Promovierende bzw. als Promovierender. Im Falle der Annahme wird die Bewerberin bzw. der Bewerber in die Doktorandenliste der Fakultät und auch in das CDS aufgenommen und die wissenschaftliche Betreuerin bzw. der wissenschaftliche Betreuer bestätigt. Die Annahme kann mit der Erteilung von Auflagen zur Absolvierung von ergänzenden Studien oder Prüfungen gemäß § 8 Abs. 2 oder § 9 verbunden werden.
- (5) Über die Annahme und über eventuelle Auflagen erhält die Bewerberin bzw. der Bewerber eine schriftliche Mitteilung. Über eine Ablehnung wird sie bzw. er unter Angabe der Gründe in Verbindung mit einer Rechtsbehelfsbelehrung in schriftlicher Form benachrichtigt.

§ 11a

Datenerhebung, -verarbeitung und -übermittlung

Gemäß § 5 des Gesetzes über die Statistik für das Hochschulwesen sowie für die Berufsakademien (Hochschulstatistikgesetz – HSchStG) müssen die Hochschulen personenbezogene Daten von Personen erheben, die nach § 11 Abs.4 zur Promotion zugelassen wurden. Die personenbezogenen Daten der Promovierenden werden von der Hochschule automatisiert gespeichert und von dem IT Center sowie der Zentralen Hochschulverwaltung zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben verarbeitet. Eine Übermittlung der Daten durch die Hochschule erfolgt nur dort, wo dies zur Erfüllung ihrer gesetzlich oder satzungsrechtlich geregelten Aufgaben erforderlich ist. Die Datenübermittlung an das statistische Landesamt NRW (IT NRW) betrifft die Erhebungsmerkmale gemäß § 3 Abs. 1, § 4 sowie § 5 Abs. 2 HSchStG.

III Promotionsverfahren

§ 12

Antrag auf Zulassung zur Doktorprüfung

- (1) Der Antrag der Bewerberin bzw. des Bewerbers auf Zulassung zur Doktorprüfung ist schriftlich an den Promotionsausschuss der Fakultät zu richten.
- (2) Der Antrag muss enthalten:
 - a) die Angabe, welcher Doktorgrad angestrebt wird und
 - b) den Titel der Dissertation in deutscher und englischer Sprache.
- (3) Dem Antrag sind beizufügen:
 - a) eine tabellarische Darstellung des Lebens- und Bildungsganges der Bewerberin bzw. des Bewerbers,
 - b) die nach den §§ 8, 9, 10 jeweils erforderlichen Zeugnisse und Nachweise, sofern sie nicht schon beim Antrag auf Zulassung zum Doktorandenstudium vorgelegt wurden,
 - c) ein Führungszeugnis des Bundeszentralregisters der Belegart O. Auf die Vorlage eines Führungszeugnisses kann verzichtet werden, wenn die Bewerberin bzw. der Bewerber im öffentlichen oder kirchlichen Dienst steht,
 - d) eine Dissertation entsprechend § 5 Abs. 1 in gedruckter Form sowie als elektronische Version im pdf-Format auf einem Datenträger, dessen Format mit dem Dekanat abzustimmen ist,
 - e) eine Liste (Literaturangabe) mit etwaigen Vorveröffentlichungen,
 - f) die Angabe, ob und gegebenenfalls von wem die Dissertation vornehmlich betreut worden ist,
 - g) eine eidesstattliche Erklärung, nach Vorgabe der Fakultät, die Bestandteil der Dissertation ist, dass die Bewerberin bzw. der Bewerber die Dissertation selbstständig verfasst, alle in Anspruch genommenen Hilfen in der Dissertation angegeben und die Grundsätze zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis der RWTH eingehalten hat,
 - h) eine eidesstattliche Erklärung darüber, ob bereits frühere Promotionsanträge gestellt wurden und mit welchem Ergebnis, gegebenenfalls unter Angabe des Zeitpunktes, der betreffenden in- oder ausländischen Universität, der Fakultät und des Themas der Dissertation,

- i) eine Bestätigung über den absolvierten Kurs zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis an der RWTH oder eine entsprechende Veranstaltung einer anderen Institution. Über die Anerkennung der Bestätigung oder mögliche Ausnahmen entscheidet der Vorsitzende des Promotionsausschusses,
 - j) eine Zusammenfassung der Dissertation im Umfang von einer Druckseite.
- (4) Ist die Dissertation in einer Einrichtung außerhalb der RWTH entstanden, so muss die Bewerberin bzw. der Bewerber eine schriftliche Erklärung abgeben, dass die Veröffentlichung der Dissertation bestehende Betriebsgeheimnisse nicht verletzt.
- (5) Urkunden sind in amtlich beglaubigter Kopie oder als Kopie unter Vorlage des Originals einzureichen. Von Urkunden, die nicht in deutscher oder englischer Sprache abgefasst sind, sind auf Verlangen beglaubigte Übersetzungen beizufügen.

§ 13

Eröffnung des Promotionsverfahrens

- (1) Der Promotionsausschuss eröffnet das Promotionsverfahren, wenn ein schriftlicher Antrag auf Zulassung zur Doktorprüfung und die mit ihm einzureichenden Unterlagen (vgl. § 12) vollständig vorliegen und die Berichterinnen und Berichter ihre Bereitschaft zur Übernahme eines Gutachtens erklärt haben. Die Eröffnung hat in einer Frist von einem Monat nach Eingang des Antrags zu erfolgen.
- (2) Mit der Eröffnung sind die Berichterinnen und Berichter sowie die Promotionskommission zu bestellen. Hierzu hat die Bewerberin bzw. der Bewerber ein Vorschlagsrecht. Die Entscheidung über die Zusammensetzung der Promotionskommission trifft der Promotionsausschuss, der nicht an die Vorschläge der Bewerberin bzw. des Bewerbers gebunden ist. Über die Eröffnung erhält die Bewerberin bzw. der Bewerber unverzüglich einen schriftlichen Bescheid.
- (3) Entsprechen der Antrag auf Zulassung zur Doktorprüfung und die mit ihm eingereichten Unterlagen nicht den Voraussetzungen (vgl. §§ 8, 9, 10, 12), wird das Promotionsverfahren nicht eröffnet. Die Ablehnung ist der Bewerberin bzw. dem Bewerber von der bzw. dem Vorsitzenden des Promotionsausschusses unverzüglich schriftlich unter Angabe der Gründe zusammen mit einer Rechtsbehelfsbelehrung mitzuteilen.
- (4) Ein der Fakultät eingereichter Antrag auf Zulassung zur Doktorprüfung kann spätestens bis zum Ablauf einer Woche nach der Bekanntgabe der Eröffnung des Promotionsverfahrens gemäß Absatz 2 zurückgenommen werden.

§ 14

Prüfung der Dissertation

- (1) Die Berichterinnen und Berichter prüfen die Dissertation und erstatten darüber der Fakultät in der Regel innerhalb von drei Monaten Bericht in getrennten schriftlichen Gutachten. Sie beantragen Annahme oder Ablehnung der Dissertation, gegebenenfalls Überarbeitung oder Nichtbefassung mangels Zuständigkeit der Fakultät unter Begründung ihres Vorschlags. Ein die Annahme der Dissertation befürwortendes Gutachten muss einen Notenvorschlag enthalten.

Die Notenskala umfasst dann die Noten

„sehr gut“ (1,0),
„gut“ (2,0),
„befriedigend“ (3,0),

wobei die Noten zur Differenzierung um 0,3 erhöht oder erniedrigt werden können, die Noten 0,7 und 3,3 aber ausgeschlossen sind. Sofern die Leistung als herausragend beurteilt wird und damit eine Bewertung der Doktorprüfung mit der Gesamtnote „mit Auszeichnung“ in Frage kommt, ist im Gutachten darauf hinzuweisen und dies explizit zu begründen. Ist eine Berichterin bzw. ein Bericht nicht in der Lage, innerhalb von drei Monaten ein Gutachten zu erstellen, kann der Promotionsausschuss eine andere Berichterin bzw. einen anderen Bericht bestellen.

- (2) Nach Eingang der Gutachten legt die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses die Dissertation und die Gutachten zur Stellungnahme oder gegebenenfalls zum schriftlichen Einspruch seitens der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer nach § 35 HG, der entpflichteten oder in den Ruhestand versetzten Professorinnen und Professoren, der außerplanmäßigen Professorinnen und Professoren, Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren, Gastprofessorinnen und Gastprofessoren, Privatdozentinnen und Privatdozenten der Fakultät im Dekanat aus. Die Auslegedauer beträgt drei Wochen, wenn dieser Zeitraum vollständig in der Vorlesungszeit liegt, bzw. andernfalls fünf Wochen. Die Einspruchsfrist läuft jeweils mit Ablauf des zweiten Werktages nach dem Ende der Auslegedauer ab.
- (3) Falls die Berichterinnen und Bericht übereinstimmend die Annahme der Dissertation empfehlen und ein Einspruch nicht erfolgt ist, stellt die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses fest, dass die Dissertation angenommen ist. Falls die Berichterinnen und Bericht übereinstimmend die Ablehnung der Dissertation empfehlen und ein Einspruch hiergegen nicht erfolgt ist, stellt die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses fest, dass die Dissertation abgelehnt ist.
- (4) Falls die Berichterinnen und Bericht hinsichtlich der Annahme der Dissertation einander widersprechen oder mindestens eine bzw. einer der Berichterinnen und Bericht Überarbeitung oder Nichtbefassung gemäß Absatz 1 vorschlägt oder fristgerecht Einspruch erhoben wurde, legt die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses die Dissertation der Promotionskommission vor. Diese berät in angemessener Zeit die Vorlage. Sie kann die Hinzuziehung weiterer Berichterinnen und Bericht vorschlagen. Die Promotionskommission empfiehlt Annahme, Ablehnung oder Überarbeitung der Dissertation gemäß § 15 oder Nichtbefassung. Erfolgt die Empfehlung einstimmig, so trifft die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses die notwendigen Feststellungen. Die Nichtbefassung bedeutet keine Ablehnung der Dissertation.
- (5) Kommt eine einstimmige Empfehlung gemäß Absatz 4 nicht zustande, so legt die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses die Dissertation zusammen mit den Gutachten, Stellungnahmen und Einsprüchen dem Promotionsausschuss vor. Dieser trifft auf der Grundlage der genannten Unterlagen unverzüglich die Entscheidung über Annahme, Ablehnung oder Überarbeitung der Dissertation gemäß § 15 oder Nichtbefassung gemäß Absatz 1. Die Annahme der Dissertation setzt das Vorliegen von mindestens zwei befürwortenden Gutachten voraus.
- (6) Die Entscheidung über Annahme, Ablehnung, Überarbeitung oder Nichtbefassung wird der Bewerberin bzw. dem Bewerber schriftlich mitgeteilt. Belastende Entscheidungen sind zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 15 Überarbeitung der Dissertation

- (1) Der Promotionsausschuss oder die Promotionskommission können gemäß § 14 Abs. 4 bzw. § 14 Abs. 5 die Promovierende bzw. den Promovierenden einmal unter Fristsetzung auffordern, die Dissertation zu überarbeiten. Die Auflagen für die Überarbeitung sind aktenkundig zu machen und der bzw. dem Promovenden schriftlich mitzuteilen. Die Frist kann nur einmal verlängert werden. Wird die Frist überschritten, so stellt die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses fest, dass die Dissertation abgelehnt ist.
- (2) Nach fristgerechter Überarbeitung der Dissertation erfolgt eine erneute Prüfung der Dissertation gemäß § 14. In den Gutachten über die überarbeitete Fassung ist insbesondere die Frage zu behandeln, ob die Auflagen nach Absatz 1 angemessen erfüllt worden sind. Eine Ablehnung der überarbeiteten Fassung der Dissertation ist nur zulässig, wenn Auflagen nicht auf hinreichende Weise erfüllt worden sind oder wenn gegen Abschnitte, die bei der Überarbeitung neu formuliert oder neu in die Dissertation eingefügt worden sind, wissenschaftliche Einwendungen von solchem Gewicht bestehen, dass sie eine Ablehnung der Dissertation notwendig machen.

§ 16 Mündliche Prüfung

- (1) Nachdem die Dissertation angenommen ist, wird von der bzw. dem Vorsitzenden des Promotionsausschusses eine mündliche Prüfung anberaumt; die bzw. der Promovierende kann zur Terminierung einen Vorschlag unterbreiten. Die Prüfung wird von der Promotionskommission nach Maßgabe des Absatzes 5 durchgeführt.
- (2) Die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses teilt den Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern nach § 35 HG der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften, der Rektorin bzw. dem Rektor, den Dekaninnen und Dekanen der anderen Fakultäten, den Mitgliedern der Promotionskommission und den Mitgliedern des Fakultätsrates sowie der bzw. dem Promovierenden Zeit und Ort der mündlichen Prüfung mit einer Frist von mindestens zehn Tagen mit. Zeit und Ort der mündlichen Prüfung werden außerdem durch Aushang bekannt gegeben.
- (3) Bei der mündlichen Doktorprüfung müssen wenigstens vier Mitglieder der Promotionskommission, darunter die bzw. der Vorsitzende sowie mindestens zwei Berichterinnen bzw. Berichter, anwesend sein.
- (4) Die Mitglieder des Promotionsausschusses haben das Recht, an der mündlichen Prüfung als Gäste teilzunehmen. Sonstige Gäste werden nur mit Zustimmung der bzw. des Promovierenden zugelassen, wenn sie promovierte Mitglieder der RWTH sind. Promotionskandidatinnen und Promotionskandidaten, die mit der Bearbeitung eines Promotionsthemas in der Fakultät begonnen haben, sind als Zuhörerinnen und Zuhörer zuzulassen, sofern die bzw. der Promovierende zustimmt.
- (5) Jede Bewerberin und jeder Bewerber ist einzeln zu prüfen. Die Prüfungsdauer beträgt 30 bis 60 Minuten. Die mündliche Prüfung wird in deutscher oder englischer Sprache durchgeführt. Auf Antrag kann der Promotionsausschuss auch die Durchführung der mündlichen Prüfung in einer anderen Sprache zulassen.

- (6) Inhalte der mündlichen Prüfung sind:
- a) Fragen zur Dissertation und deren wissenschaftlichem Umfeld,
 - b) Fragen aus den gewählten Lehrveranstaltungen des Doktorandenstudiums und aus inhaltlich vergleichbaren Themenbereichen, die von der Bewerberin bzw. dem Bewerber vorgeschlagen werden können. Wurde von der Bewerberin bzw. dem Bewerber kein Doktorandenstudium absolviert, setzen die Mitglieder der Promotionskommission gleichwertige Prüfungsthemen hierzu fest.

Die Promotionskommission kann verlangen, dass die Bewerberin bzw. der Bewerber vor Beginn der eigentlichen mündlichen Prüfung einen 30-minütigen öffentlichen Vortrag über die Dissertation hält, der in die Bewertung der mündlichen Prüfung eingeht.

- (7) Unmittelbar nach Beendigung der mündlichen Prüfung entscheidet die Promotionskommission über das Ergebnis dieser Prüfung.
- (8) Ist die mündliche Prüfung erfolglos, so kann sie nur einmal wiederholt werden. Die Meldung zur Wiederholungsprüfung kann frühestens nach drei und muss spätestens binnen 18 Monaten erfolgen.

§ 17

Veröffentlichung der Dissertation

- (1) Hat die Kandidatin bzw. der Kandidat die Doktorprüfung bestanden, legt sie bzw. er die Dissertation der bzw. dem Vorsitzenden des Promotionsausschusses zwecks Genehmigung der zur Veröffentlichung vorgesehenen Fassung vor. Die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses erteilt im Benehmen mit den Berichterinnen und Berichtern diese Genehmigung, nachdem etwaige Auflagen zur Erstellung der endgültigen Fassung der Dissertation erfüllt sind.
- (2) Die Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften ist berechtigt, von der bzw. dem Promovierenden zu verlangen, dass sie bzw. er
- ihrer bzw. seiner Arbeit eine Zusammenfassung im Umfang von nicht mehr als einer Maschinenseite bzw. Druckseite beifügt und der Universität das Recht überträgt, diese Zusammenfassung zu veröffentlichen oder einem Verlag bzw. einer Datenbank anzubieten,
 - Titel und Zusammenfassung in zwei Sprachen verfasst (im Allgemeinen in deutscher und englischer Sprache).
- (3) Die bzw. der Promovierende ist verpflichtet, ihre bzw. seine Dissertation in angemessener Weise der wissenschaftlichen Öffentlichkeit durch Vervielfältigung und Verbreitung zugänglich zu machen. Dies geschieht
- durch die Abgabe von einem Pflichtexemplar der genehmigten Dissertation für die Prüfungsakten im Promotionsbüro
 - durch die Abgabe von einem zusätzlichen Pflichtexemplar in der jeweiligen Fachbibliothek, sofern die Promotion der Fachgruppe Physik oder Informatik zugeordnet ist

sowie entweder

- a) durch die Ablieferung von 40 Pflichtexemplaren in der Universitätsbibliothek jeweils im Buch- oder Fotodruck

oder

- b) durch die Veröffentlichung in einer wissenschaftlichen Zeitschrift; in diesem Fall ist die Abgabe von 14 Pflichtexemplaren in der Universitätsbibliothek erforderlich; zusätzlich muss z.B. auf der Rückseite der Titelseite angegeben werden, bei welcher Zeitschrift die Veröffentlichung erfolgt ist (mit Angabe von Verlag und Verlagsort), alle Pflichtexemplare müssen mit dem Vermerk „D 82 (Diss. RWTH Aachen University, [Nennung des Jahres der mündlichen Prüfung])“ gekennzeichnet sein

oder

- c) durch die Verbreitung über den Buchhandel durch einen gewerblichen Verleger mit einer Mindestauflage von 150 Exemplaren; in diesem Fall ist die Abgabe von 14 Pflichtexemplaren in der Universitätsbibliothek erforderlich, zusätzlich muss z.B. auf der Rückseite der Titelseite angegeben werden, bei welchem Verlag die Veröffentlichung erfolgt ist (mit Angabe von Verlag und Verlagsort), alle Pflichtexemplare müssen mit dem Vermerk „D 82 (Diss. RWTH Aachen University, [Nennung des Jahres der mündlichen Prüfung])“ gekennzeichnet sein;

oder

- d) durch die Ablieferung einer elektronischen Version in der Universitätsbibliothek, deren Datenformat und -transfer mit der Universitätsbibliothek abzustimmen sind. Für die Veröffentlichung wird eine Zusammenfassung in deutscher und englischer Sprache benötigt. Die bzw. der Promovierende überträgt der Universitätsbibliothek, der DNB (Die Deutsche Nationalbibliothek) in Frankfurt/Leipzig und gegebenenfalls der DFG-Sondersammelgebietsbibliothek das Recht, die elektronische Version in Datennetzen zu veröffentlichen und versichert, dass die elektronische Version der angenommenen Dissertation entspricht. Die Universitätsbibliothek überprüft die abgelieferte Version auf Lesbarkeit und Übereinstimmung mit den geforderten Vorgaben. Die Abgabe von Dateien, die den geforderten Vorgaben hinsichtlich Datenformat und Datenträger nicht entsprechen, gilt nicht als Veröffentlichung.

Alle abzuliefernden Pflichtexemplare müssen ein besonderes Titelblatt mit Angabe des Namens enthalten; ein Bildungsgang oder Lebenslauf kann beigelegt werden. Sie müssen auf alterungsbeständigem, holz- und säurefreiem Papier ausgedruckt und dauerhaft haltbar gebunden sein. Weiterhin müssen sie technisch einwandfrei sein. Wird festgestellt, dass die Exemplare diesen Anforderungen nicht entsprechen, werden sie grundsätzlich zurückgewiesen. Eine so zurückgewiesene Arbeit gilt als unveröffentlicht; die Doktorurkunde wird daher nicht ausgehändigt.

- (4) Die Dissertation ist spätestens ein Jahr nach der mündlichen Prüfung zu veröffentlichen. In begründeten Ausnahmefällen kann die Dekanin bzw. der Dekan die Frist verlängern. Versäumt die Bewerberin bzw. der Bewerber die ihr bzw. ihm gesetzte Frist, so erlöschen alle durch die Prüfung erworbenen Rechte.

§ 17 a

Bilaterale Promotionsverfahren (Cotutelle)

- (1) Voraussetzung für ein gemeinsam betreutes Promotionsverfahren mit einer ausländischen Universität (Partneruniversität) ist der Abschluss eines individuellen Kooperationsvertrages zur Durchführung und Betreuung des Promotionsvorhabens sowie zur Begutachtung bzw. Bewertung der Promotionsleistungen.

- (2) Der individuelle Kooperationsvertrag kann hinsichtlich der Besetzung der Promotionskommission eine Abweichung von § 3 Abs.2 S.3 dahingehend vorsehen, dass die Promotionskommission zu gleichen Teilen von den beteiligten Universitäten zu besetzen ist.
- (3) Nach erfolgreichem Abschluss des Promotionsverfahrens verleiht die Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften einen akademischen Grad nach § 1 Abs.3 und die Partneruniversität einen akademischen Grad nach dort geltenden Bestimmungen. Diese akademischen Grade dürfen ausschließlich alternativ geführt werden.

§ 18 Doktorurkunde

- (1) Nach der Veröffentlichung der Dissertation gem. § 17 wird eine Doktorurkunde ausgefertigt und von der Rektorin bzw. dem Rektor und der Dekanin bzw. dem Dekan eigenhändig unterzeichnet. Die Doktorurkunde trägt das Datum der Abgabe der Pflichtexemplare in der Universitätsbibliothek und die Gesamtnote der Doktorprüfung gemäß § 6 Abs. 6. Die die Annahme der Dissertation empfehlenden Berichterinnen und Berichter sollen in der Doktorurkunde genannt werden. Das Promotionsverfahren wird durch Aushändigung der Doktorurkunde abgeschlossen. Nach Empfang der Doktorurkunde hat die Bewerberin bzw. der Bewerber das Recht zur Führung des Doktorgrades.
- (2) Ist das Promotionsverfahren über den Interfakultativen Promotionssteuerungsausschuss gemäß § 10 Abs. 3 an die Fakultät für Mathematik Informatik und Naturwissenschaften verwiesen worden, so erhält die Promotionsurkunde einen Zusatz, der auf die Kooperation mit dem Forschungszentrum Jülich verweist.
- (3) Für eine Durchführung des Doktorandenstudiums in Verbindung mit dem Programm des CDS erhält die Bewerberin bzw. der Bewerber ein Promotionssupplement des CDS über die absolvierten Leistungen.

§ 19 Ehrenpromotion und Erneuerung der Doktorurkunde

- (1) Der Senat der RWTH kann auf Antrag der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften den akademischen Grad und die Würde einer Doktorin bzw. eines Doktors der Naturwissenschaften honoris causa oder der Ingenieurwissenschaften Ehren halber an Personen verleihen, die auf einem von der RWTH gepflegten Gebiet hervorragende persönliche, wissenschaftliche, technische oder künstlerische Leistungen aufweisen. Sie dürfen nicht Mitglieder oder Angehörige der RWTH sein.
- (2) Die Fakultät kann Anträge auf Ehrenpromotion nur für die Doktorgrade stellen, für die sie das Promotionsrecht hat. Zur Vorbereitung dieses Antrages soll die Fakultät mindestens zwei auswärtige Gutachten einholen. Der Fakultätsrat beschließt über den Antrag an den Senat in zwei Lesungen.
- (3) Die Rektorin bzw. der Rektor vollzieht die Ehrenpromotion durch Überreichung einer Doktorurkunde, in der die Verdienste der bzw. des Promovierten gewürdigt werden.
- (4) Doktorinnen bzw. Doktoren der RWTH, die sich durch ihre wissenschaftliche oder praktische berufliche Tätigkeit ausgezeichnet haben, können durch die Erneuerung der Doktorurkunde nach 25 oder 50 Jahren oder bei außerordentlichen Gelegenheiten geehrt werden. Die Entscheidung über diese Ehrung trifft die Fakultät für die Promotionen, deren Fachgebiet der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften zuzuordnen ist.

§ 20 Entziehung des Doktorgrades

- (1) Der Doktorgrad kann entzogen werden
 - a) wenn sich nachträglich herausstellt, dass er aufgrund unrichtiger Aussagen über wesentliche Voraussetzungen für die Zulassung zur Promotion erworben worden ist,
 - b) wenn sich nachträglich herausstellt, dass er mittels einer Täuschung bei den Promotionsleistungen erworben worden ist,
 - c) wenn ein wissenschaftliches Fehlverhalten im Zusammenhang mit der Dissertation festgestellt worden ist oder
 - d) wenn die bzw. der Promovierte wegen einer vorsätzlich begangenen Straftat zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr rechtskräftig verurteilt worden ist.
- (2) Werden Umstände bekannt, die eine Entziehung des Doktorgrades nach Abs.1 rechtfertigen können, ist die bzw. der Promovierte vor einer Entscheidung durch den Promotionsausschuss zu den Vorwürfen anzuhören. Im Fall einer mündlichen Anhörung ist ein Protokoll über die Anhörung anzufertigen.
- (3) Belastende Entscheidungen sowie die Gründe für die Entscheidungsfindung werden der bzw. dem Promovierten durch den Promotionsausschuss schriftlich und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehen mitgeteilt.
- (4) Die Ungültigkeit der Promotionsleistungen oder die Entziehung des Doktorgrades wird von der RWTH allen deutschen Universitäten mitgeteilt.
- (5) Die Bestimmungen der Absätze 2 bis 4 gelten entsprechend für die Entziehung des Grades und der Würde einer Ehrendoktorin und eines Ehrendoktors.
- (6) Nach einer Entscheidung gemäß Absatz 1 ist die Doktorurkunde einzuziehen oder auf sonstige Weise verkehrsunfähig zu machen.

§ 21 Einsicht in die Prüfungsakten

Nach Bekanntgabe der Promotionsnote wird der bzw. dem Promovierenden auf Antrag Einsicht in die Prüfungsakte gewährt. Der Antrag ist binnen eines Monats nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses zu stellen. Die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses bestimmt Zeit und Ort der Einsichtnahme.

§ 22 Ombudsperson für Promovierende

Die Ombudsperson ist eine Professorin bzw. ein Professor der Fakultät und wird im Fakultätsrat auf Vorschlag des Promotionsausschusses für eine Amtszeit von zwei Jahren eingesetzt, eine Wiederwahl ist möglich. Die Person hat die Aufgabe in Konfliktfällen unterstützend zu vermitteln, wenn sie hierfür kontaktiert wird. Die der Ombudsperson bereitgestellten Informationen unterliegen der Vertraulichkeit.

§ 23 In-Kraft-Treten und Übergangsbestimmungen

- (1) Promovierende, die den vollständigen Antrag auf Zulassung zum Doktorandenstudium gem. § 11 der Promotionsordnung der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen vom 27.09.2010 in der Fassung der sechsten Ordnung zur Änderung der Promotionsordnung vom 23.03.2018 gestellt haben, können auf Antrag in diese Promotionsordnung wechseln. Sie können längstens bis zum 31.08.2019 nach der Promotionsordnung in der Fassung der sechsten Ordnung zur Änderung promovieren. Nach Ablauf des 31.08.2019 erfolgt ein Wechsel in diese Promotionsordnung zwangsläufig.
- (2) Diese Promotionsordnung wird in den Amtlichen Bekanntmachungen der RWTH veröffentlicht und tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Eilbeschlusses des Dekans der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften vom 03.09.2018.

Der Rektor
der Rheinisch-Westfälischen
Technischen Hochschule Aachen

Aachen, den 07.09.2018

gez. Rüdiger
Univ.-Prof. Dr. rer. nat. Dr. h. c. mult. U. Rüdiger

Titelblatt der Pflichtexemplare nach bestandener Doktor-Prüfung

"....."
(Titel der Dissertation)

Von der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften der RWTH Aachen University zur Erlangung des akademischen Grades eines(r) Doktors(in) der Naturwissenschaften oder eines(r) Doktors(in) der Ingenieurwissenschaften genehmigte Dissertation vorgelegt von

.....
(akademischer Hochschulgrad oder im Ausland erworbener akademischer Grad in der zugelassen/genehmigten Form)

.....
(Vorname, Name, ggf. Geburtsname)

aus
(Geburtsort, ggf. nähere Bezeichnung der geografischen Lage des Geburtsortes)

Berichter: Universitätsprofessor *)

Universitätsprofessor *)

Tag der mündlichen Prüfung:

Diese Dissertation ist auf den Internetseiten der Universitätsbibliothek online verfügbar. **)

*) oder andere zutreffende Bezeichnung

**) Dieser Satz muss nur bei elektronischer Veröffentlichung ergänzt werden.